

Borkwalder Nachrichten

August 2018

Herausgegeben von der



Borkwalder Notgemeinschaft

Mitglied im Dachverband

BVB FREIE WÄHLER

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen

Im Internet: www.borkwalder-notgemeinschaft.de

Email: Borkwalder-Notgemeinschaft@arcor.de

Wir informieren die Einwohner Borkwaldes über die letzten Ereignisse in Borkwalde und in der Gemeindevertretung

In dieser Ausgabe finden Sie:

1. Ärgernis Straßeninstandsetzung
2. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine Utopie?
3. Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen
4. Steuer-, Gebühren- und Abgabewahnsinn in Deutschland und im Land Brandenburg...und noch ein wenig Straßenausbaubeiträge...
5. Antrag zur kritischen und sachkundigen Überprüfung des weiteren Ausbaus der Windkraft
6. Um klar zu sehen, reicht oft ein Wechsel der Blickrichtung
7. Die Notgemeinschaft in eigener Sache
8. Zu guter Letzt die Schmunzelecke

1. Ärgernis Straßeninstandsetzung

Im Januar gab es im Kindergarten, auf Betreiben der Notgemeinschaft, eine Veranstaltung zum Thema Straßeninstandsetzung. Dazu hatten wir den Landtagsabgeordneten Peter Vida von BVB/Freie Wähler, den Bürgermeister von Bernau und den neuen Amtsdirektor Köhler eingeladen. Es ging darum, dass Bernau seine Straßen kostengünstig und ohne Anwohnerbelastung saniert, während man sich bei uns im Amt damit nicht anfreunden kann. Der Amtsdirektor zeigte sich aber offen und versprach, sich mit dem Thema zu befassen und sich in Bernau vor Ort zu informieren. - Gesagt getan; herausgekommen ist dabei nichts.

Ein wirkliches Interesse, an der bisherigen Praxis etwas zu ändern, ist nicht zu erkennen.

Die Straßeninstandsetzungsmaßnahme im Haderlandstieg und in der E.-Thälmann-Str. ist abgeschlossen und die Abnahme am 20.06. erfolgt.

Um in der Zukunft Aufbrüche zu vermeiden, sollte die geschotterte Fläche möglichst bald mit einer Spritzschicht versehen werden.

2. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine Utopie?

Viele Familien, Rentnerinnen und Rentner, Bürgerinnen und Bürger mit sehr geringem Einkommen leiden unter den hohen Beiträgen für Straßenausbaumaßnahmen. Oft sind 5stellige Beträge keine Seltenheit. Straßenausbau gehört genau wie der Bau von Kindertagesstätten zur Daseinsfürsorge und ist Angelegenheit der Allgemeinheit. Daher ist es ungerecht, die Hauptlast nur auf die Bürgerinnen und Bürger zu verteilen.

Dem Problem der Straßenausbaubeiträge hat sich die BVB / Freie Wähler angenommen und in der Landtagssitzung am 30.05.2018 zwei Gesetzentwürfe eingereicht. In diesen Gesetzentwürfen geht es einerseits darum, dass bei den dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen keine Straßenbaubeiträge mehr erhoben werden sollen und hierfür vom Land an die Gemeinden ein Ausgleich zu zahlen ist und bei Ablehnung dieses Gesetzentwurfes sollen andererseits, beim Übersteigen der Kostenbeteiligung der Beitragspflichtigen von 66 v.H. Beiträge nur erhoben werden, wenn die Mehrheit der Beitragspflichtigen der geplanten Maßnahme vorher zustimmt.

Die NOTgemeinschaft hat mit einer kleinen Delegation die Landtagssitzung besucht.

Die rot rote Mehrheit des Landtages hat die Abschaffung der

Straßenausbaubeiträge abgelehnt mit der Begründung, erst bundesweit Daten erheben zu müssen und außerdem solle man an Stelle der Abschaffung der Beiträge eher die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger stärken.

Das wird sicher die Probleme nicht lösen und ist ein Spiel auf Zeit.

Die Grünen vertraten die Meinung, dass es sich das Land nicht leisten könne, den Straßenausbau mit 40 bis 60 Millionen Euro zu finanzieren. Das ist schon erstaunlich, wenn man hört, dass das Land zum einen gegenwärtig 1,5 Milliarden Rücklagen hat und zum anderen die Kosten für die StrAB nur ca. 3,5% des Landeshaushaltes betragen würden.

Positiv äußerten sich die CDU und die AfD, die vorschlugen, sich dem Modell Bayern anzuschließen und ganz auf Straßenausbaubeiträge zu verzichten. Allerdings ist es schon verwunderlich dann feststellen zu müssen, dass bei der Abstimmung die Mehrheit nicht das Rückgrat hatte, dem Gesetzentwurf zuzustimmen und sich enthielten.

Alles in allem kann nur festgestellt werden, dass die Mehrheit der Landtagsabgeordneten die Augen davor verschließt, dass es bundesweit überall Bestrebungen zur Abschaffung der StrAB gibt und dass in der EU Deutschland das einzige Land ist, das Ausbaubeiträge von den Bürgerinnen und Bürgern erhebt. In keinem anderen Bundesland sträuben sich die großen Parteien so hartnäckig, diesen schon lange notwendigen Schritt zu gehen und dieses Relikt aus der Kaiserzeit abzuschaffen.

3. Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen

Am 10. Juni 2018 hat die BVB / FREIE WÄHLER auf Ihrer Zentralversammlung unter Anwesenheit von Wählergruppen aus allen Landkreisen - *eine Delegation der Notgemeinschaft Borkwalde war dabei* , einstimmig den Start einer Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen. In den kommenden Monaten werden die erforderlichen 20.000 Unterschriften gesammelt, um auf diesem Wege eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes zu erreichen. Ziel ist es, eine soziale Entlastung der Beitragspflichtigen zu erreichen und Straßenausbau als Element der Daseinsvorsorge aus dem allgemeinen Haushalt des Landes zu finanzieren. Die Zeit dafür ist überreif.

Die Diskussion, die die Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegung (BVB)

bereits seit Monaten ins Rollen gebracht hat, wurde nun auch von allen anderen aufgegriffen. Allerdings geht niemand so weit, die Beiträge abzuschaffen, sondern die Anträge der Linken, SPD und Grünen sehen lediglich vor, dass zunächst ein Bericht erstellt werden soll, der bundesweit die Auswirkungen und Erhebung von Erschließungsbeiträgen darstellt. Anstatt die Probleme direkt anzugehen, wird erst einmal der Anschein erweckt, dass auch die anderen Parteien die Interessen der Bürger vertreten (wollen). Es wird u.a. auf mehr Beteiligung bzw. Mitspracherecht der Anliegerinnen und Anlieger gesetzt und darauf verwiesen, dass in Härtefällen Kommunen Beiträge stunden oder sogar erlassen könnten. Dabei verkennt man, dass damit zwar der Anschein von Bürgernähe in den Fokus gesetzt wird, damit aber keine Entlastung für die vom Straßenausbau Betroffenen erreicht wird. Am Ende trifft es immer die, die sich die hohen, mitunter fünfstelligen Beiträge nicht leisten können. Gezahlt werden muss doch, egal wie.

4. Steuer-, Gebühren- und Abgabewahnsinn in Deutschland und im Land Brandenburg...und noch ein wenig Straßenausbaubeiträge...

Seit vielen Jahren erhöhen sich die Lebenshaltungskosten stets und schleichend, dem Bürger bleibt vom hart erarbeiteten Geld immer weniger übrig. Wer macht heutzutage noch gern den Briefkasten auf? Bei der Flut von Abgaben- und Gebührenbescheiden hat man doch schon lange keine gute Laune mehr. Das Finanzwesen des Staates erschließt sich nicht gerade transparent und einheitlich und für viele nicht auf einen Blick verständlich. Jeder muss so hinnehmen, was einem von Amtswegen mitgeteilt wird oder was ihm nach stundenlangem Suchen bei Google ausgespuckt wird. Sozialabgaben, Gebühren und Steuern steigen und steigen, die Strompreise sind auf Rekordhoch, wir in Brandenburg haben europaweit die höchsten Strompreise zu zahlen. Vielleicht rechnet mancher, der die Wendezeit und die Einführung des Euro miterlebt hat, noch den Euro in DM um und stellt fest, dass wir mittlerweile für ein Brot beim Bäcker schon 6 bis 8,-DM bezahlen. Das alles ist nicht mehr normal. Wo wird das Ende der Fahnenstange sein? Alles wird teurer ohne dass es beim Einkommen einen verhältnismäßigen und nennenswerten Anstieg gibt oder Steuer- und Abgabentlastungen in Sicht sind.

Wo ist der so genannte Wohlstand der Deutschen, von dem die Politik immerzu prahlt??? Damit können nicht die eigentlichen Steuerzahler gemeint sein. Im Gegenteil. Deutschland ist lt. OECD Vizeweltmeister bei Steuern und Abgaben auf Arbeitseinkommen nach Belgien. Wer von den rund 83 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in Deutschland ist eigentlich für den Hauptanteil der Steuereinnahmen verantwortlich und ist nicht wiederum aus Steuermitteln finanziert etc.? Es bleiben erschreckend wenig Angestellte und Selbstständige übrig, auf denen die Hauptlast liegt. Die Umsatzsteuer ist die zweitgrößte Einnahmequelle des Bundes...im Vergleich 1968 Einnahmen von rd. 12,8 Milliarden Euro, dagegen 2009 Einnahmen von rd. 176,9 Milliarden Euro...da ist über die Jahre einiges passiert und man kann auf Bundesebene aus dem vollen schöpfen: Aktuell fließen u.a. 515 Mio für den größten und teuersten Bundestag aller Zeiten, 18 Mio für parlamentarische Staatssekretäre, 6 Mio für staatliche Reisebüros, 1 Mio für Truppenwerbung, 8,2 Mio für Weltkonzerne, 1,5 Mio für deutsche Züge in Indien, 33 Mio für Berlin-Touren, 2 Mio für Reinigungsroboter etc... Nachlesen kann man das im Einzelnen im aktuellen „Schwarzbuch der Steuerzahler“. Warum kümmert sich die Politik nicht endlich darum, wie wirklich steuerliche Entlastungen erreicht werden können, die auch tatsächlich beim Steuerzahler ankommen? Was ist los in Deutschland und in der Politik? Wo soll man anfangen, wo aufhören?

Da kommt man fadenscheinig mit z.B. „Baukindergeld“ um die Ecke und verkauft es als riesigen Erfolg von monatelangen Verhandlungen. Es soll vielen Familien mit 1200 Euro pro Kind und Jahr über 10 Jahre hinweg zu eigenem Wohnraum verhelfen. Mit geschätzten 440 Mio Euro Steuergeld wird es jährlich zu Buche schlagen. Für den Bund der Steuerzahler steht fest: „Das Baukindergeld ist teuer und wirkungslos. Denn es ist absurd, dass der Staat Familien beim Wohnungskauf und –unterhalt mit immer höheren Steuern belastet, nun aber mit teuren Finanzhilfen gegensteuern möchte. Wenn die Politik den Hauskauf wirklich erschwinglich machen will, müssen spürbare Entlastungen bei der Grunderwerb- und auch Grundsteuer her!“ Die Grunderwerbssteuer war ab 1997 bundeseinheitlich auf 3,5% festgelegt, seit 2006 können die Länder ihre Sätze bis 6,5% selbstbestimmt heraufsetzen, den Höchstsatz verlangen zum heutigen Stand gerade 5 Bundesländer von ihren Bürgern, natürlich ist auch Brandenburg wieder mit dabei. Bundesweit sprudelten 2017 Einnahmen von 13,1 Milliarden Euro, im Vergleich zu 2006 waren es „nur“ 6,1 Milliarden Euro. Von den Einnahmen profitieren das Land und die

Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

Nachdem Brandenburg beim Grundstückskauf seit 2011 von den Bürgern 5,0% forderte, kam 2015 eine zweite Erhöhung auf 6,5%. Finanzminister Christian Görke (Linke) sagte damals - „Dieses Geld werde in Bildung und Infrastruktur investiert...“ - eine schöne und wichtige Aufgabe. Es ist nur die Frage, ob von diesen Mitteln auch etwas bei den Kommunen ankommt. Borkwalde muss mit seinem geringen Haushaltsvolumen mehr als 3 Millionen für den Bau einer neuen Kita investieren. Im Moment sieht es so aus, dass die Gemeinde auf diesen 3 Millionen allein sitzen bleibt. Das bedeutet, dass zukünftig der Gürtel noch enger geschnallt werden muss.

Wir Bürger des Landes Brandenburg sind schon mit der hohen Grunderwerbssteuer empfindlich benachteiligt. Wir müssen für den Kauf einer Immobilie 6,5% vom Kaufpreis berappen, wogegen der Bürger z.B. in Bayern oder Sachsen-Anhalt nur mit 3,5% herangezogen wird. Es ist für viele nicht egal, ob man für den Kauf eines Grundstückes für z.B. 300.000,00 € eine Steuer von 19.500,00 Euro oder „nur“ 10.500,00 Euro zusätzlich einplanen muss. Nun fragt man sich besorgt, wo ist das viele Geld in unserer Region angekommen?

Es gibt hier enormen Zuzug, also sollte mit weiteren-Einnahmen zu rechnen sein. Warum ist es dann nötig, die Bürger zusätzlich noch mit Straßenausbaubeiträgen zur Kasse zu bitten? Nachdem u.a. Berlin, Hamburg und Baden-Württemberg die Abschaffung der Ausbaubeiträge beschlossen hat, ist es also nicht unmöglich, die Bürger nicht zur Ader zu lassen. Das Argument, dass der dazugehörige Verwaltungsaufwand erhebliche Kosten verursacht, ist auch nicht von der Hand zu weisen. Auch der ADAC fordert schon lange öffentlich von den Verantwortlichen in den Bundesländern und Gemeinden, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten: Schließlich sind die Kosten für das Straßennetz in Deutschland durch Steuern und Abgaben der Nutzer (z.B. Mineralöl- und KFZ-Steuer) bereits vollständig gedeckt.

Wer macht endlich mal ehrliche Politik für die Bürger und Steuerzahler in diesem Land, die nun wahrlich genug geschöpft worden sind. Und wer zieht auch mal **die** zur Verantwortung, die mit unseren Steuern nur herumspielen, während der „kleine Mann“ für falsches Parken rigoros verfolgt wird. Wir müssen hilflos zuschauen, wie aktuell in Potsdam Steuergelder für 6 „Solar-Presshai“- Mülleimer (4 davon stehen am Hauptbahnhof), Stückpreis rd. 10500,-Euro versenkt werden (normale

Mülleimer sind schon für 300,-Euro zu haben). 190.000,-Euro hat die rot-rote Brandenburger Landesregierung für Werbung zur Kreisgebietsreform ausgegeben - obwohl dafür im Haushalt des Innenministeriums nur 55.000,-Euro vorgesehen waren. Das Innenministerium ließ 900.000 Flyer drucken mit dem Titel „Weil wir später nicht sagen wollen, dass früher alles besser war“. Die Flyer waren wegen fehlendem Impressum unbrauchbar und kamen in die Tonne. Zusätzlich Radiowerbung und Werbeagentur...Budget um das Dreifache überzogen und wer zahlt die Zeche? Da kann man ja gespannt sein, was so mit der aktuell verfassungswidrigen Grundsteuer nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Zukunft beschlossen wird. Lt. „Welt“ ...Am Ende werden die Bürger also nicht wie heute 13 Milliarden Euro zahlen, sondern womöglich 16 Milliarden oder mehr. Die Länder versprechen, dass die neue Steuer „aufkommensneutral“ sein soll. Es wäre hoffnungslos naiv, das tatsächlich zu glauben. Auch hier lauern jede Menge Ungerechtigkeiten. Im Zweifel werden die Gemeinden hier eher stärker zuschlagen als bisher. Der Steuerspartrieb der deutschen Bürger ist bekanntlich groß. Noch größer aber ist der Steuereinnahme-Drang des Fiskus. Langfristig ist damit zu rechnen, dass die Grundsteuer wieder komplizierter ausgestaltet wird, mit dem Ergebnis, dass die Erhebung für die Verwaltung noch teurer wird und die Bürger unter dem Strich etliche Milliarden Euro mehr zahlen als heute. Es lebe die Bürokratie!

5. Antrag zur kritischen und sachkundigen Überprüfung des weiteren Ausbaus der Windkraft

BVB / FREIE WÄHLER hat in der Sitzung des Brandenburger Landtages am 28.06.2018 einen Antrag zur kritischen und sachkundigen Überprüfung des weiteren Ausbaus der Windkraft eingereicht. Die Vorlage wurde in Zusammenarbeit mit der Volksinitiative „Rettet Brandenburg“, die die windkraftkritischen Bürgerinitiativen in Land bündelt, erarbeitet.

So wird u.a. gefordert:

1. Eine Änderung des Landesentwicklungsplans dahingehend vorzunehmen, dass Waldgebiete für die Windkraftnutzung ab sofort ausgeschlossen werden.

In Brandenburg werden mehr als die Hälfte der neuen Anlagen im Wald geplant.

2. Die Ausbauziele für installierte Windkraftleistung auf 7.000 Megawatt zu

beschränken und die Energiestrategie 2030 dementsprechend anzupassen.

Brandenburg hat europaweit die höchsten Strompreise (E.DIS 32,09 Cent/kWh).

Die Windkraftanlagen stehen in Brandenburg ca. 80% des Jahres still oder laufen nur mit minimaler Effizienz. Ein weiterer Ausbau trägt nicht zur Bedarfssicherung bei.

3. Durch ein unabhängiges Monitoring die Umweltbewertung von Windkraftanlagen sowohl vor der Genehmigung durch neutrale Gutachten als auch im laufenden Betrieb zu bestätigen bzw. zu kontrollieren.

Wegen der sich verknappenden Verfügbarkeit von Trinkwasser ist nachzuweisen, dass die Fundamente der Windräder und deren Stützsäulen (teilweise über 30 Meter tief) keine Wasser führenden Schichten verletzen und keine Absenkung des Grundwassers erfolgt. Über die Betriebsdauer der Windkraftanlagen von mindestens 20 Jahren bestünde sonst die Gefahr der Verödung der Regionen. Jegliches Gefährdungspotential der Trinkwasserversorgung ist ernst zu nehmen.

Während mit BVB / FREIE WÄHLER auch CDU und AfD für den Antrag im Landtag votierten, wurde er von SPD und Linken sowie den Grünen (dort in einem Punkt Enthaltung) mehrheitlich abgelehnt. Die rot-rote Koalition präsentierte in einem Placebo-Antrag einen Vorschlag, dass es ausreiche, mehr Beratungszentren einzurichten, in denen den Bürgern die Vorteile der Windkraft erklärt werden. Ausdrücklich bekannten sich die Redner von SPD und Linken zu dem Ausbaziel von 2% der Landesfläche. Die Rednerin der Grünen wies darauf hin, dass man doch die Windkraftprojektierer nicht vor den Kopf stoßen dürfe und daher einen weiteren Zubau ermöglichen müsse.

Péter Vida, BVB Freie Wähler erwiderte, dass die übersubventionierten Windkraftfirmen bereits jetzt auf Kosten der Allgemeinheit große Gewinne machen – der höchste Strompreis Europas ist die Folge. Angesichts der bereits errichteten 3.800 Windräder ist die Akzeptanzgrenze wahrlich erreicht, eine weitere Lastenumverteilung von unten nach oben ist nicht mehr hinnehmbar. Außerdem gilt es, die durch Schallimmissionen immer stärkere gesundheitliche Belastung der Einwohner in den Blick zu nehmen und dringend Abhilfe zu schaffen.

6. Um klar zu sehen, reicht oft ein Wechsel der Blickrichtung

Es sprudeln die Steuern.....aber wohin? Tag täglich können wir aus den Medien erfahren, daß Projekte aller Art in großem und kleinen Umfang unterstützt und gefördert werden. Auch in unserem Amtsbereich wurden so manche Projekte gefördert und unterstützt. Da fragt sich doch der Leser:

Warum geht Borkwalde, eine der sparsamsten Gemeinden im Amtsbereich, fast immer leer aus?

Alle Borkwalder sind brave Steuerzahler, Jung, wie Alt. Die „Alten“ haben ihr Leben lang Steuern gezahlt für alles, was die Allgemeinheit benötigt: Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Straßen und vieles mehr. Da können sie mit Recht auch erwarten, daß Einiges auch für sie getan wird. Gerade in Borkwalde ist die Durchschnittsbevölkerung älter, als 50 Jahre. Erst in **diesem** Jahr hat eine Tagespflegeorganisation in Borkwalde ihre Arbeit aufgenommen. Vieles, was sich unsere älteren Mitbewohner wünschen würden (Einkaufsmöglichkeit, Treffpunkt, Trimpfad etc.) konnte aus diversen Gründen und nicht zuletzt mangels Finanzen nicht verwirklicht werden. Es ist dann nicht verwunderlich, wenn der Neubau einer Kita mit erheblichem finanziellen Aufwand geplant wird und damit fast alle anderen notwendigen Ausgaben gekürzt, gestrichen oder aufgegeben werden.



Leben wir nicht in einer Solidargemeinschaft? Natürlich zahlen die „Alten“ brav auch weiterhin ihre Steuern, auch indirekt für die neue geplante Kita. Aber wann denkt Borkwalde auch mal an die „Alten“?

7. Die Notgemeinschaft in eigener Sache

Die Notgemeinschaft hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 15.06.2018 einen Führungswechsel beschlossen.

Bernd Jähn ist aus persönlichen Gründen vom Amt des Vorstandsvorsitzenden der Notgemeinschaft zurück getreten. Er hat in den vergangenen Jahren die Notgemeinschaft durch manche Aktionen erfolgreich geführt und immer wieder durch Veröffentlichung der Borkwalder Nachrichten für Informationen der Bürger gesorgt. An dieser Stelle bedanken wir uns herzlich für sein Engagement und seine oft mühevollen Arbeit. Bernd Jähn hat uns versichert, auch weiterhin zur Verfügung zu stehen, um die Arbeit der Notgemeinschaft zu unterstützen, soweit es ihm möglich ist. Auch dafür herzlichen Dank.

Zum neuen Vorstandsvorsitzenden der Notgemeinschaft wurde Udo Deichmann gewählt. Er ist seit einigen Jahren Bürger Borkwaldes und Projekt- und Bauleiter im BOS- und GSM-Anlagenbau, welche bundesweit Feuerwehr-Gebäudefunkanlagen in öffentliche Gebäuden installieren. Wir wünschen ihm eine erfolgreiche Amtszeit!



An dieser Stelle rufen wir nochmals die Bürger/Innen Borkwaldes auf, sich aktiv an der Arbeit in der Gemeindevertretung und ihren Gremien zu beteiligen.

8. Zu guter Letzt die Schmunzelecke



Von oben ruft der Ehemann: "Schatz, wer hat denn da an der Tür geklingelt?" Die Frau antwortete: "Du, das war ein kleiner, armer Bettler. Ich habe ihm einen großen Teller Suppe und sogar 10 Euro gegeben." "Und, hat er denn die Suppe tatsächlich gegessen?" fragte ihr Ehemann wirklich sehr interessiert. "Natürlich," meint seine Frau. "Na, ich muss sagen, dann hat er sich diese zehn Euro ja tatsächlich redlich verdient!"

A business card for 'B&B AUSBAU-UMBAU-SANIERUNG BAUDIENSTLEISTUNG RUND UMS HAUS'. The card is light-colored with a background image of a hammer and a level. The text is in a bold, sans-serif font. The contact information includes the name Thomas Becker, address Birkenstraße 17a, 14822 Borkwalde, and two phone numbers: 033845/900294 and 033845/919993. The email address beckerbaudienst@ymail.com and a second phone number 01741656493 are listed at the bottom.

B&B
AUSBAU-UMBAU-SANIERUNG
BAUDIENSTLEISTUNG
RUND UMS HAUS

Thomas Becker
Birkenstraße 17a
14822 Borkwalde
033845/900294
033845/919993

beckerbaudienst@ymail.com
01741656493



STONE WORKS

Bauen nach Ihren Wünschen

René Hase
Bauunternehmen

Arndtstr. 11
14822 Borkwalde

Mobil: 01795247908

E-Mail: titus-hapoe@web.de

Ausführung von Putz- und Maurerarbeiten
Fliesen-Platten – Mosaikverlegung
Trockenbauarbeiten
Hausabdichtungen
Vermittlung von Elektro-bzw. Sanitärfirmen

Astrid - Lindgren - Platz 5
14822 Borkwalde

033845 / 41210



/SalonKrehaartiv



TYPGERECHTE HAARSCHNITTE

MODERNE FARBEN &
STRÄHNTECHNIKEN

ECHTHAARVERLÄNGERUNG

HOCHSTECKFRISUREN

DAUERWELLE

Salon
KreHAARTiv

inh. Friseurmeisterin Tina Freischmidt

Öffnungszeiten

Montag Ruhetag

Dienstag 9° - 18° Uhr

Mittwoch 9° - 14:30 Uhr

Donnerstag + Freitag 9° - 18° Uhr

Samstag 8° - 11° Uhr

Termine früher oder später nach Vereinbarung

Ist das Grundstück noch so klein

JBS mein MULTICAR
passt doch hinein

Jens Bergler Services

Haderlandstieg 3

14822 Borkwalde

Tel. 03 38 45 / 4 05 92

Fax 03 38 45 / 3 00 29

Funk 01 72 / 3 94 57 12

E-Mail jbservices@gmx.de

Lieferung:

- * Kies
- * Sand
- * Splitt
- * Fertigbeton
- * Recyclingmaterial
- * Oberboden
- * Mutterboden
- * Rindenmulch

* Entsorgung:

- * Boden
- * Gartenabfälle
- * Strauchschnitt
- * Betonbruch
- * Dachsteine
- * Mauerwerk
- * Baumischabfall



**Gärtnerei
Getränke und Partyservice**

**Ulf Stiehler
Birkenallee 10
Tel. 40319**

